

100.000 Mitglieder angehört haben sollen, verfehlt sei. Allerdings sei eine neue Entwicklung dahingehend zu beobachten, dass zwischen volksrepublikanischen Triaden und ähnlichen, zum Teil sehr mächtigen Gruppen in Hong Kong und Taiwan Allianzen entstünden und neue Stützpunkte gegründet würden (ebenda).

Die Nachricht erscheint auch deshalb bemerkenswert, weil sich die offizielle chinesische Seite bislang nicht bereit gefunden hatte, dieses Problem einzugestehen, welches in den der VR China benachbarten Regionen bereits seit längerem ein wiederkehrendes Thema der Medienberichterstattung ist. -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

22 Ergebnisse des Projekts der Periodisierung der Frühgeschichte

Die Periodisierung der Frühgeschichte Chinas war ein vom Staat initiiertes wissenschaftliches Schwerpunktprojekt, das innerhalb des 9. Fünfjahrplans (1996-2000) beendet werden sollte. Mitte September 2000 wurde der erfolgreiche Abschluss des Projektes verkündet (vgl. RMRB, 19.9.00), und im November wurden nun die mit großer Spannung erwarteten Ergebnisse bekannt gegeben. Von Beginn an wurde das Projekt in der Öffentlichkeit mit großem Interesse verfolgt; insbesondere dem Staat, der das Projekt finanziert hat, lag daran, dass die Historizität der Xia-Dynastie wissenschaftlich bewiesen und eine Chronologie der ersten „drei Dynastien“ Xia, Shang und Zhou aufgestellt wurde. Denn vor dem Hintergrund des neuen Nationalismus ist das Bild von China als einer der ältesten Nationen, wenn nicht gar der ältesten kontinuierlich bestehenden „Nation“ der Welt mit einer „jahrtausendalten“ Kultur unverzichtbarer und von der Partei unablässig propagierter Bestandteil des chinesischen Selbstverständnisses.

Nach traditioneller Datierung begann die Xia-Dynastie 2205 v.Chr., die Shang-Dynastie 1766 v.Chr. und die

Zhou-Dynastie 1122 v.Chr. Diese Periodisierung haben kritische Historiker in den 1920er und 30er Jahren im Rahmen der Bewegung für eine neue Kultur umgestoßen und samt der Xia-Dynastie ins Reich der Mythologie verwiesen. Sie setzten den Beginn der chinesischen Geschichte im Sinne quellenmäßig belegter, gesicherter historischer Daten sehr viel später an. Seitdem war die Periodisierung der frühen Geschichte Chinas ein ungelöstes Problem, wengleich die meisten chinesischen Historiker und Archäologen bis heute dazu neigten, die Existenz der Xia-Dynastie nicht in Frage zu stellen.

Federführend bei dem Projekt war die Akademie der Sozialwissenschaften. Über fünf Jahre lang hatte eine multidisziplinäre Forschergruppe von rund 200 Wissenschaftlern an dem Projekt gearbeitet. Beteiligt waren Historiker, Archäologen, Astronomen, Physiker und Mathematiker (vgl. GMRB, 22.9.00, C4); gerade die immer wieder betonte Beteiligung von Naturwissenschaftlern soll suggerieren, dass das Projekt eindeutige, unumstößliche Wahrheiten erbracht hat. Anfang November wurden die Ergebnisse auf einer Pressekonferenz verkündet und zugleich zwei Veröffentlichungen vorgelegt, nämlich in Kurzform ein „Bericht über die Ergebnisse des Projekts zur Periodisierung der Xia-, Shang- und Zhou-Dynastie in der Planperiode 1996-2000“ sowie eine „Jahrestafel“ (*nianbiao*) dieser drei Dynastien. Anhand der Jahrestafel, so heißt es, sei die chronologisch belegte Geschichte Chinas nunmehr um über 1.200 Jahre vorzulegen (RMRB, GMRB, 10.11.00, S.1), zurückgerechnet vom ersten gesicherten Datum 841 v.Chr., das der Historiograph Sima Qian (um 200 v.Chr.) überliefert hat.

Nach den Erkenntnissen der Forscher begann die Xia-Dynastie etwa 2070 v.Chr. Ihr Ende und der Beginn der Shang-Dynastie werden auf 1600 v.Chr. und der Beginn der Zhou-Dynastie auf 1046 v.Chr. datiert. Außerdem sind in der Chronologie für die Westliche Zhou-Zeit die Regierungsjahre von zehn Königen und für die späte Shang-Zeit die Regierungsjahre von zwölf Königen genau angegeben (ebd.). Im Einzelnen sind die Forschungen über die drei Dynastien in Artikeln in der *Guangming-Zeitung*

dargelegt (vgl. GMRB, 17.11.00, C4). Dort sind die Königsreihen für die Westliche Zhou- und die späte Shang-Dynastie aufgeführt, und es werden die Quellen und Methoden genannt, die die Forscher verwendet haben. Zu den Hauptquellen zählen archäologische Funde, deren Alter mit modernen Messmethoden bestimmt wurde, überlieferte Himmelserscheinungen, die mit Erkenntnissen der modernen Astronomie analysiert wurden, sowie Schriftfunde auf Orakelknochen und Bronzeinschriften.

Bereits diese Artikel, die ja nicht für die Fachwelt, sondern für die Öffentlichkeit bestimmt sind und eigentlich den Eindruck erwecken sollen, die Forschungsergebnisse lägen eindeutig und in autoritativer Form vor, lassen bei näherem Hinschauen erkennen, dass es nach wie vor eine ganze Reihe offener Fragen gibt, die auch nach Abschluss des Forschungsprojektes keineswegs zu beantworten sind. Schriftliche Quellen liegen aus der Shang- und Zhou-Zeit vor, für die Xia-Zeit sind sie noch nicht schlüssig nachgewiesen (vgl. C.a., 2000/4, Ü 27). Bleiben schon die Anfänge der Shang-Dynastie im Dunkeln, so erst recht die gesamte Xia-Dynastie. Für diese haben sich die Wissenschaftler hauptsächlich auf die Ausgrabungen von Erlitou in Henan (östlich von Luoyang gelegen) gestützt, dessen Kultur sich über ein Gebiet in Süd-Shanxi und West-Henan erstreckt haben soll. Nun kann an der Existenz der Erlitou-Kultur kein Zweifel bestehen, auch am Alter dieser Kultur nicht, aber wie schon vor Projektbeginn scheint es auch nach Abschluss des Projektes keine hinreichenden Beweise zu geben, dass diese Kultur der Xia-Dynastie zuzuordnen ist. Genau diese Zuordnung haben die Forscher jedoch vorgenommen, und damit gehen sie wie selbstverständlich von der Historizität der Xia-Dynastie aus, ohne dafür allerdings stichhaltige Nachweise zu liefern. Wie es in dem Artikel zur Xia-Dynastie heißt, ordnet nunmehr „eine Vielzahl von Wissenschaftlern“ (*duoshu xuezhe*) die Erlitou-Kultur der Xia-Kultur zu, womit indirekt gesagt ist, dass nicht alle Wissenschaftler diese Auffassung teilen.

Es ist sicherlich nicht abwegig, anzunehmen, dass sich die Forscher bei Beginn der Arbeit an gewisse staats-

liche Vorgaben zu halten hatten, zu denen u.a. gehört zu haben scheint, dass Zweifel an der Existenz der Xia-Dynastie möglichst auszuschalten seien. Zu dieser Vermutung passt auch, dass man sich in Bezug auf die bislang umstrittene Dauer der postulierten Xia-Dynastie auf die längere Dauer einigte. Unter den zwei Hauptansichten, dass die Xia-Dynastie 471 oder 431 Jahre umfasste, hat man sich jetzt für die erste Version entschieden, wobei eine wissenschaftliche Begründung für diese Entscheidung jedoch fehlt. Mag sein, dass sie in dem ausführlicheren Forschungsbericht enthalten ist, dann wird sie in der Fachwelt diskutiert werden müssen - ebenso wie alle anderen offenen Fragen. Erst wenn die aus diesem Projekt hervorgegangenen Ergebnisse in der internationalen Fachwelt Anerkennung finden, kann von einigermaßen gesicherten Erkenntnissen gesprochen werden. Bis dahin sind sie mit Skepsis zu betrachten - und als Ausfluss einer kulturchauvinistischen Haltung. (Für Hintergrundinformationen danke ich Dr. Stephan Peter Bum-bacher.) -st-

23 Neustrukturierung der Hochschullandschaft

Die Neustrukturierung der Hochschullandschaft in China, ein wichtiges Ziel der Mitte der achtziger Jahre eingeleiteten Hochschulreform, ist jetzt im Wesentlichen abgeschlossen. Auf einer Arbeitstagung zu diesem Thema wurde kürzlich Bilanz gezogen und die diesbezügliche Politik als erfolgreich bezeichnet (GMRB, 1.11.00, S.1). Wenige Tage nach der Konferenz wurden auf einer Pressekonferenz des Bildungsministeriums neue Angaben zum Stand der Neuordnung der Hochschulen gemacht, durch die die im Oktober bekannt gewordenen Zahlen (wiedergegeben in C.a., 2000/10, Ü 22) überholt sind.

Seit 1992, dem Jahr, in dem die Politik der „Gemeinsamen Gründung, Neuordnung, Zusammenarbeit und Zusammenlegung“ von Hochschulen begann, waren von der Reform alle 31 Provinzen und rund 60 Organe der Zentralregierung sowie über 900 Hochschulen betroffen, wie der Sprecher des Ministeriums erläuterte. Im Jahre 1994 verfügte China mit 1.080 Hoch-

schulen über die höchste Zahl an regulären Einrichtungen des tertiären Bildungssektors. Seitdem hat sich diese Zahl deutlich verringert, nämlich um 62 auf heute 1.018 Hochschulen. Noch drastischer fiel die Reduzierung bei den Erwachsenen-Hochschulen aus: Gab es 1990 noch 1.321 dieser nichtregulären Hochschulen, so sind es jetzt nur noch 811, d.h. 510 sind durch Schließung wegen zu niedrigen Standards oder durch Zusammenlegung verschwunden. (GMRB, 7.11.00, S.3)

Allein durch Zusammenlegung wurde die Zahl der Hochschulen um 324 verringert, aus 556 Hochschulen (darunter 387 reguläre Hochschulen und 169 Erwachsenen-Hochschulen) sind 232 Hochschulen entstanden. Von diesen sind jetzt 212 reguläre und 20 Erwachsenen-Hochschulen (ebd.). Wichtige Gründe für die Zusammenlegung waren neben Rationalisierungseffekten die Stärkung kleiner, ineffektiver Hochschulen sowie die Schaffung neuer großer Universitäten mit umfassendem Fächerangebot, insbesondere durch die Integration einiger medizinischer Schwerpunkthochschulen in Universitäten, die dem Bildungsministerium unterstehen. Eine Reihe von auf diese Weise erweiterten Universitäten soll durch diese Maßnahme zu Spitzenuniversitäten mit Weltniveau entwickelt werden (sog. „Projekt 211“).

Eine weitere wichtige Maßnahme der Neustrukturierung war die Neuregelung der Zuständigkeiten. Früher war das Hochschulsystem stark zentralisiert, d.h. die meisten Universitäten unterstanden der Zentralregierung. Für eine große Zahl von ihnen wurde die Zuständigkeit geändert. Hierbei gibt es mehrere Varianten: Zum einen wurden Hochschulen teilweise oder ganz lokalisiert, d.h. Institutionen, die bislang der Zentrale unterstanden, werden jetzt gemeinsam von der Zentral- und der jeweiligen Provinzregierung verwaltet oder gehen ganz in die Zuständigkeit einer Provinz über. Hauptgrund für diese Regelung ist, dass die Zentralregierung die zunehmenden Kosten für das Hochschulwesen nicht mehr allein tragen kann, sodass sich die Provinzen beteiligen müssen; diese erhalten dafür mehr Mitspracherechte und Entscheidungsbefugnisse. Zum anderen wurden zahlreiche Hochschulen, die verschiedenen Branchenministerien zuge-

ordnet waren, dem Bildungsministerium unterstellt, und zwar nicht nur auf der zentralen Ebene, sondern entsprechend auch auf Provinzebene.

Die weitgehende Vereinheitlichung der Zuständigkeit beim Bildungsministerium wird aus folgender Angabe deutlich: Im Jahre 1994 waren noch 367 reguläre Hochschulen 62 verschiedenen Organen des Staatsrates unterstellt, während heute nur noch zehn Organe der Zentralregierung rund 120 Hochschulen verwalten. Von diesen sind 71 direkt dem Bildungsministerium und etwa 50 anderen Ministerien zugeordnet (ebd.).

Laut Angaben des Sprechers des Bildungsministeriums sind die Lokalregierungen ganz oder zur Hauptsache für 896 reguläre Hochschulen und 756 Erwachsenen-Hochschulen zuständig (ebd.). Legt man die oben genannte Zahl von derzeit 1.018 regulären Hochschulen zugrunde, so scheint die Angabe, nach der rund 120 Hochschulen der Zentrale direkt unterstellt sind, zu stimmen. Von den insgesamt 811 Erwachsenen-Hochschulen sind demnach nur 55 der Zentralregierung unterstellt. -st-

24 Historiker Hu Sheng gestorben

Anfang November verstarb in Shanghai im Alter von 82 Jahren Hu Sheng, einer der bekanntesten und einflussreichsten Historiker der Volksrepublik China. Hu wurde 1918 in Suzhou (Jiangsu) geboren. Er studierte an der Beida und betätigte sich frühzeitig politisch. Mit zwanzig Jahren trat er bereits in die KPCh ein. Bekannt wurde Hu Sheng durch seine autoritativen Geschichtswerke zur modernen Geschichte Chinas, vor allem durch sein Werk „Der Imperialismus und Chinas Politik“ (*Diguo-zhuyi yu Zhongguo Zhengzhi*, 1948) und seinen „Überblick über die moderne Geschichte Chinas von 1840-1919“ (*Zhongguo Jindaishi Tigang 1840-1919*) aus den fünfziger Jahren. Hu Sheng war ein orthodox-marxistischer Historiker, dessen Interpretationen der modernen Geschichte Chinas die Parteilinie widerspiegeln. 1982 wurde er Leiter des ZK-Instituts zur Erforschung der Parteilgeschichte. Von 1985 bis 1998 war

er Präsident der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften. Daneben bekleidete er zahlreiche politische Ämter (ZK-Mitglied, NVK-Abgeordneter u.a.). (Vgl. seine Biographie in RMRB, GMRB, 13.11.00.)

Aufgrund seiner orthodoxen Ausrichtung wirkte Hu Sheng in der Reformära, die auch für die Geschichtswissenschaft eine vorsichtige Liberalisierung in Form der Abkehr von der Theorie des Klassenkampfes und des Antiimperialismus mit sich brachte, nicht mehr zeitgemäß; er veröffentlichte nur noch wenige Artikel. Von seinem wissenschaftlichen Ansatz, die moderne Geschichte Chinas hauptsächlich unter dem Aspekt des Antiimperialismus und Antifeudalismus zu betrachten, ist er im Grunde bis zum Schluss nicht abgerückt. -st-

25 Gründung der Konfuzius-Universität in Shenzhen

Ende November 2000 wurde in Shenzhen die „Chinesische Konfuzius-Universität“ (*Zhongguo Kongzi Daxue*) gegründet. Es handelt sich dabei um eine nichtstaatliche (*minban*), also aus privaten Mitteln finanzierte Universität. Initiatoren waren interessierte Kreise aus China selbst und Auslandschinesen, die der Meinung sind, dass der durch Konfuzius repräsentierte Konfuzianismus (*ruxue*) als Grundlage der traditionellen nationalen Kultur Chinas für das Nationalgefühl und die Identität der Chinesen auch im 21. Jahrhundert eine nicht zu ersetzende Bedeutung habe. Nach ihrer Auffassung „solle der Konfuzianismus im neuen Jahrhundert neue Lebenskraft entfalten und seinen Beitrag für die Weiterentwicklung der menschlichen Gesellschaft leisten“. Die Gründer der neuen Universität sind der Verband chinesischer patriotischer Projekte, die Internationale Konfuzianismus-Gesellschaft, das Zentrale Pädagogische Institut und das Soziologische Institut der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften.

Mit der Universitätsgründung wird das Ziel verfolgt, der Welt die „glänzende chinesische Kultur“ zu vermitteln und den Austausch Chinas mit anderen Kulturen in aller Welt zu fördern. Die Konfuzius-Universität wird Studiengänge auf tertiärer Ebene bie-

ten und sich zur Aufgabe machen, Lehre und Forschung sowie Dienst an der Gesellschaft zu verbinden. An der Universität sollen namhafte Forscher versammelt werden, die sich in Lehre und Forschung sowie sonstigen akademischen Aktivitäten der Aufgabe widmen, „die durch Konfuzius repräsentierte hervorragende traditionelle Kultur Chinas zu verbreiten“. Die Universität wird 16 Fachbereiche umfassen; u.a. werden Fakultäten für Konfuzianismus, Geschichte und Kultur, Rechtswissenschaft, Biowissenschaften und Finanzwissenschaft eingerichtet. (Vgl. RMRB, 28.11.00, S.5)

Damit stellt sich die Konfuzius-Universität als eine durchaus moderne tertiäre Bildungseinrichtung dar, die es sich zur Aufgabe macht, gut qualifizierte Professoren zu engagieren und eine qualitativ hochstehende Ausbildung zu bieten, die keineswegs auf die traditionelle konfuzianische Kultur beschränkt sein soll. Nicht zufällig wurde als Standort für die Konfuzius-Universität eine der modernsten Städte Chinas gewählt, die von Beziehungen zum Ausland lebt. Das Besondere ist ihr Anspruch, den Konfuzianismus für die Gegenwart und Zukunft zu einer lebendigen Kraft werden zu lassen, d.h. seine Bedeutung für das moderne Zeitalter unter Beweis zu stellen und ihn in die modernen Wissenschaften zu integrieren. Dabei sollen die Aktivitäten der Universität nicht nur in China selbst, sondern vor allem außerhalb Chinas ihre Wirkung entfalten. Der Unterstützung speziell durch Auslandschinesen kann sich die Konfuzius-Universität sicher sein. Wie weit sie in Festlandchina selbst Wirkung zeitigen wird, hängt zu einem großen Teil davon ab, ob die Kommunistische Partei das Projekt aktiv unterstützt. Grundsätzlich heißt sie Unternehmungen wie die 1984 gegründete Konfuzius-Stiftung, die 1994 gegründete Internationale Konfuzianismus-Gesellschaft oder Forschungszentren für die Konfuzius- oder Konfuzianismus-Forschung gut. Dies wird nicht zuletzt dadurch belegt, dass bei derartigen Unternehmungen immer auch offizielle Vertreter der Partei oder Regierung eingebunden sind. Dies ist auch bei der Konfuzius-Universität der Fall: Präsident soll mit Xu Jialu einer der Vize-

präsidenten des Ständigen Ausschusses des NVK werden. Da eine solche Beteiligung üblich ist, besagt sie noch nicht viel, zumal es sich bislang immer um Politiker aus dem zweiten oder dritten Glied gehandelt hat. Jedenfalls hat sich noch kein Spitzenpolitiker in dieser Richtung engagiert. Die Frage ist letztlich, ob die Partei den Konfuzianismus weiterhin nur für ihren neuen Nationalismus instrumentalisieren will oder ob sie bereit ist, dem Konfuzianismus im 21. Jahrhundert tatsächlich zu einer echten Renaissance zu verhelfen, von der manche Kreise in China und anderswo in Ostasien träumen (vgl. dazu C.a., 92/10, Ü 22). Im ersten Fall wäre die Konfuzius-Universität eine Hochschule wie viele andere, die sich nur dadurch unterscheiden, dass sie in besonderem Maße von Auslandschinesen unterstützt wird und Konfuzianismus-Studien an ihr einen Schwerpunkt bilden. Im zweiten Fall könnten von ihr Impulse für eine Wiederbelebung des Konfuzianismus in dem Sinne ausgehen, dass die konfuzianische Ethik und die moderne Wissenschaft auf fruchtbare Weise miteinander verschmolzen werden. -st-

26 Fünfte Volkszählung

Vom 1. bis 15. November 2000 wurde in China die fünfte Volkszählung seit Bestehen der Volksrepublik durchgeführt. Die ersten vier Volkszählungen fanden 1953, 1964, 1982 und 1990 statt. Sie sollen seit dem vierten Zensus alle zehn Jahre veranstaltet werden. Ursprünglich waren zehn Tage für die Zählung vorgesehen, doch wurde diese um fünf Tage verlängert, um bis zum 10. November noch nicht erfasste Personen insbesondere unter der Wanderbevölkerung zu registrieren (SCMP, 11.11.00). Der Staatsrat wurde zu der Fristverlängerung aufgrund von Informationen veranlasst, nach denen in Hunan bis zu zehn Millionen Personen in der Zählung nicht auftauchten und in Shaanxi zwei Millionen nicht gezählt wurden (XNA, 16.11.00; s.a. SCMP, 14.11.00). Ziel der Regierung ist eine möglichst genaue Ermittlung der aktuellen Bevölkerungszahl, eine schwer zu bewältigende Aufgabe angesichts des großen Umfangs der Bevölkerung von geschätzten 1,3 Mrd. Menschen,

schlechter Kommunikationsinfrastruktur und teilweise niedrigen Bildungsniveaus. Mit der Aufgabe sind 6 Mio. Volkszähler betraut, die zuvor intensiv geschult wurden. Sie müssen 350 Mio. Haushalte besuchen und genaue Eintragungen vornehmen. Auf jeden Volkszähler entfielen rund 150 Haushalte. (RMRB, 12.10.00, S.5; s.a. *Wall Street Journal*, Internet Ed., 2.11.00)

Mit dem fünften Zensus hofft die Regierung Klarheit über die folgenden sechs Punkte zu gewinnen (vgl. dazu GMRB, 23.10.00, B2):

1. Die grundlegende Situation der Bevölkerung. Dazu werden abgefragt: Name, Verhältnis zum Haushaltsvorstand, Geschlecht, Alter, Nationalität und Art des Haushalts (Familienhaushalt oder Kollektivhaushalt), Adresse, Zahl der für den betr. Haushalt registrierten Personen, Geburten und Todesfälle in dem betr. Haushalt. Aufgrund dieser Angaben lassen sich die Gesamtzahl der Bevölkerung, Geschlechts- und Altersstruktur, ethnische Struktur und regionale Verteilung ermitteln.
2. Ermittlung der Wanderbevölkerung. Zu diesem Punkt werden aufgenommen: Stand der Registrierung des Haushalts, Zustand des Haushalts, Geburtsort, Zeitpunkt der Zuwanderung, Herkunftsort, Typ der Wanderung, Gründe für die Wanderung, ständiger Wohnsitz vor fünf Jahren.
3. Ermittlung des Bildungsstandes. Hierzu wird Folgendes registriert: Schriftkundigkeit, Bildungsstand, Abschlüsse. Anhand der Antworten zu diesen Fragen lassen sich die Zahl der Analphabeten, die Wissensstruktur, der Stand der neunjährigen Schulpflicht und die Zahl der Schulabbrecher erfassen, Angaben, die für die Bildungsplanung, Verteilung der fürs Bildungswesen zur Verfügung stehenden Mittel, Planung von Alphabetisierungsmaßnahmen usw. äußerst wichtig sind.
4. Fragen zu den wirtschaftlichen Tätigkeiten der Bevölkerung.
5. Fragen zu Familienstand und Geburten. Da die Ehe Voraussetzung für die Fortpflanzung ist, werden genaue Angaben zur ehelichen Situation verlangt. Hier werden er-

fragt der eheliche Zustand (ledig, Erstehe mit Ehepartner, Wiederheirat mit Ehepartner, geschieden, verwitwet) und das Datum der Eheschließung. Auf diese Weise kann z.B. geprüft werden, ob das Gebot der Spätehe eingehalten wird.

6. Fragen zur Wohnsituation. Sie wurden zum erstenmal aufgenommen, um die Lebensqualität der Bevölkerung zu ermitteln.

Wie weit es mit dieser Volkszählung gelingt, die aktuelle Bevölkerungszahl annähernd genau zu ermitteln, ist sehr fraglich. Skepsis ist vor allem aufgrund zweier Unsicherheitsfaktoren geboten: der Wanderbevölkerung und der sog. „schwarzen Babies“. Die Migranten, deren Zahl mittlerweile auf bis zu 125 Millionen geschätzt wird, neigen dazu - insbesondere wenn sie in Großstädten leben -, der Zählung auszuweichen, weil sie zu einem großen Teil nicht offiziell an ihrem Aufenthaltsort registriert sind oder Repressalien von Seiten der Behörden fürchten. „Schwarze Babies“ sind Kinder, die ohne Geburtserlaubnis geboren wurden und daher von den Familien verheimlicht werden. Obwohl die Behörden vor dem Zensus immer wieder dazu aufgerufen hatten, alle bislang nicht registrierten Babies zählen zu lassen, und sie mehrfach versichert hatten, die Daten würden nicht weitergegeben und es seien bei Verletzung der Geburtenregelung keine Strafen zu befürchten, misstraut die ländliche Bevölkerung zumal in ärmeren Provinzen, wo dieses Problem besonders gravierend ist, den offiziellen Beteuerungen.

Doch nicht nur auf dem Lande verstecken sich die Bewohner vor den Volkszählern, auch in den modernen Metropolen versuchen viele Einwohner, die normal registriert sind und nur ein Kind haben, die Zählung zu umgehen. Der Grund für dieses neuartige Phänomen, das es bei der letzten Volkszählung noch nicht gab, liegt darin, dass manche Leute ihre Privatsphäre durch die sehr detaillierten Fragen verletzt sehen. Ein weiteres Phänomen in den Großstädten ist, dass zahlreiche Bewohner nicht dort leben, wo sie registriert sind, sei es, dass sie Zugang zu besseren Schulen für ihr Kind haben wollen, oder sei es aus anderen Gründen. In Beijing sol-

len rund 2,9 Millionen Menschen nicht an ihrer registrierten Adresse leben. (Vgl. dazu SCMP, 11., 16., 17.11.00)

Die offiziell mit der Zählung befassten Stellen scheinen vielfach wenig Problembewusstsein bezüglich dieser Schwierigkeiten zu haben. So verlautete z.B. aus der Provinz Hunan, dass man die Bevölkerung der Provinz ordnungsgemäß vollständig gezählt habe und dass das Gerücht, dort seien 10 Millionen Menschen nicht berücksichtigt worden, nicht stimme (RMRB, 19.11.00, S.4). Einige Zeitungen auf dem Festland sollen zwar berichtet haben, dass korrupte Beamte auf dem Lande teilweise illegale „Zensusgebühren“ erhoben hätten, was die Regierung bereits im Vorfeld verboten hatte. Die Rede ist auch von unkooperativen Kadern auf lokaler Ebene, die sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, die Geburtenregelung nicht durchgesetzt zu haben, und von unfähigen Zensusmitarbeitern, die Unterzählungen nicht nachgehen oder nicht merken. Doch auf höherer Ebene scheint man solche Unregelmäßigkeiten eher herunterzuspielen. Von Seiten des für den 5. Zensus verantwortlichen Büros in Beijing z.B. werden die Ungenauigkeiten, die durch nicht gemeldete Geburten entstehen könnten, für minimal gehalten. Dort wird das Hauptproblem bei der Wanderbevölkerung gesehen (vgl. SCMP, 14. u. 17.11.00). Vor allem aber wird betont, dass dieser Zensus auf der Grundlage der neuesten Technologie durchgeführt wird (vgl. RMRB, 8.11.00, S.5), wodurch suggeriert werden soll, er sei so genau wie nie zuvor. -st-

27 Sprach- und Schriftgesetz

Am 31. Oktober 2000 hat der Ständige Ausschuss des NVK ein Gesetz über die allgemein gebräuchliche Sprache und Schrift in der VR China verabschiedet (Wortlaut abgedruckt in GMRB, 1.11.00, A2 und RMRB, 2.11.00, S.5). Es tritt am 1. Januar 2001 in Kraft. Es besteht aus 28 Paragraphen. Zweck des Gesetzes ist, „die Standardisierung und Normierung der allgemein in China gebräuchlichen Sprache und Schrift sowie deren gesunde Entwicklung“ zu fördern. Zudem soll das Gesetz die „staatliche Souveränität und nationale Würde“

bewahren und der Einheit des Landes sowie dem Zusammenschluss der Nationalitäten dienen.

Die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes sind die Folgenden:

In Schulen und anderen Bildungseinrichtungen müssen Putonghua, d.h. die Allgemeinsprache oder das Hochchinesische, und die normierten Schriftzeichen, d.h. vor allem die offiziellen Kurzzeichen, verwendet werden. Ausnahmen, so heißt es, seien in anderen Bestimmungen geregelt. (Sie betreffen Gebiete autonomer Verwaltung, in denen in den Schulen in der Sprache der betr. Nationalität unterrichtet werden darf.) In allen chinesischsprachigen Veröffentlichungen müssen die allgemein gebräuchliche Sprache und die normierten Schriftzeichen verwendet werden. Gleiches gilt für Rundfunk, Fernsehen und Film, für öffentliche Plätze, Reklame, Ladenschilder, Namen von Firmen, Unternehmen und Organisationen und für Verpackungen und Erklärungen aller in China vermarkteten Waren.

Fremdsprachliche Ausdrücke in Wort und Schrift dürfen in chinesischen Veröffentlichungen nur benutzt werden, wenn es unbedingt erforderlich ist, und müssen jeweils ins Chinesische übersetzt werden. Muss in Rundfunk und Fernsehen eine Fremdsprache verwendet werden, so muss die Genehmigung der Zentralregierung eingeholt werden. Wenn bei öffentlichen Serviceeinrichtungen und Firmen fremdsprachliche Schrift erforderlich ist, muss in jedem Falle der Text zugleich auf Chinesisch beigegeben werden.

Auch bezüglich Dialekten gibt es Ausnahmen. So darf Dialekt verwendet werden: 1. im öffentlichen Dienst, wenn erforderlich, 2. in Rundfunk und Fernsehen, wenn von der Zentralregierung genehmigt, 3. in Theater, Film und anderen Kunstformen, wenn erforderlich, und 4. in Veröffentlichungen, im Unterricht und in der Forschung, wenn unbedingt erforderlich.

Ebenso sind im Schriftgebrauch Abweichungen von den standardisierten Kurzzeichen erlaubt; so können Langzeichen und Schreibvarianten benutzt werden: 1. bei alten Texten, 2. bei Familiennamen (nur Schreibvarianten), 3. in Kalligraphie, Siegelschnitzerei und anderen Kunstwerken, 4. in hand-

schriftlichen Inschriften und Aushängeschildern, 5. in Veröffentlichungen, Unterricht und Forschung, wenn erforderlich, 6. bei besonderen Umständen, wobei allerdings die Genehmigung des Staatsrats einzuholen ist.

Deutlich wird in dem Gesetz erklärt, dass das *Hanyu Pinyin* lediglich ein „Hilfsmittel“ für die Transkribierung und die phonetische Wiedergabe chinesischer Schriftzeichen ist. Damit wird die seit Mitte der achtziger Jahre erkennbare Schriftpolitik bestätigt, wonach das ursprünglich einmal angestrebte Ziel einer Latinisierung der chinesischen Schrift aufgegeben wurde. Das Pinyin hat - wie schon lange auch international geregelt - als Standardumschrift zu gelten, insbesondere bei chinesischen Personennamen, geographischen Namen usw. Auch soll das Pinyin auf der Grundschulstufe gelehrt werden.

Schließlich regelt das Gesetz, dass der Staat grundsätzlich die Leitung, Kontrolle und Aufsicht über den Sprach- und Schriftgebrauch hat. Die Gesamtkontrolle liegt bei der Zentralregierung, während die zuständigen Ämter der Lokalregierungen für den Sprach- und Schriftgebrauch in ihrem Zuständigkeitsbereich verantwortlich sind. Wer die Bestimmungen des Gesetzes nicht einhält, wird zur Rechenschaft gezogen und muss Verstöße korrigieren.

Die Sprach- und Schriftpolitik der VR China ist seit Beginn der Reformperiode immer mehr zu einem Instrument chinesischer Kulturpolitik geworden und ist dabei Ausdruck eines starken kulturellen Nationalismus. Zum einen soll der generelle Gebrauch des Putonghua und der normierten Kurzzeichen in ganz China die Einheit des Landes dokumentieren, zum anderen sollen die chinesische Sprache und Schrift frei von fremdsprachlichem Einfluss bleiben. Die Vertreter der insgesamt konservativen Sprach- und Schriftpolitik plädieren seit nunmehr bald zwei Jahrzehnten für die Reinhaltung der chinesischen Sprache von Fremdwörtern, insbesondere von Einflüssen des Englischen. Dieser Einfluss geht jedoch unaufhaltsam weiter, vor allem in den Bereichen Informatik, Wissenschaft und Technik, aber auch in der Wirtschaft und im Unterhaltungsbereich. Die Entwicklung der

Sprache per Gesetz regeln zu wollen scheint jedoch kein leichtes Unterfangen, wenn nicht überhaupt unmöglich zu sein. -st-

Außenwirtschaft

28 20 Jahre Sonderwirtschaftszone Shenzhen

Mitte November feierte die älteste Sonderwirtschaftszone (SWZ) Shenzhen ihr 20-jähriges Bestehen. Staatspräsident Jiang Zemin betonte in seiner Ansprache zu den Feierlichkeiten in Shenzhen, dass die Entwicklung der SWZ ein wichtiger Teil beim Aufbau des Sozialismus mit chinesischen Merkmalen sei. (XNA, 15.11.00) Jiang nahm an der Enthüllung einer sieben Meter hohen Bronzestatue teil, die Deng Xiaoping zeigt, der als Architekt der chinesischen Wirtschaftsreform gilt. (SCMP, 15.11.00)

Wang Menkui, Direktor des Development Research Center des Staatsrates, wies während der Feierstunde nicht nur auf die erstaunlich hohen Wachstumsraten der SWZ hin, sondern vor allem auf die Vorreiterrolle Shenzhens. Während aus Sicht der heutigen sozialistischen Marktwirtschaft Shenzhens Politik nichts Besonderes mehr biete, habe die SWZ in den Anfangsjahren der außenwirtschaftlichen Öffnung Pionierarbeit geleistet.

Nach Einschätzung von Li Yiping, bekannter Ökonom an der People's University of China, war das erfolgreiche Beispiel der SWZ der Auslöser für die Entscheidung, die sozialistische Marktwirtschaft einzuführen. Die Reise Deng Xiaopings in die SWZ im Jahre 1992 sei hierbei von historischer Bedeutung für den Richtungswechsel gewesen.

Die ehemals als Präferenzpolitik beschriebenen Freiheitsgrade für die Shenzhener Wirtschaft gelten heute nicht mehr als etwas Besonderes. Shenzhen selbst habe sich in den letzten Jahren stärker auf die Entwicklung einer wissensbasierten Wirtschaft konzentriert. Hierdurch seien neue und Hightech-Produkte der Motor für Shenzhens Wachstum gewor-